

Pressemitteilung Nr. 19 / 2021 vom 16. Februar 2021

Faschingsferien Light: Schulen wird mit Schulaufsicht gedroht – scharfe Kritik der GEW Bayern

Mit der Streichung der Faschingsferien hat sich die Staatsregierung über die Bedürfnisse von Schüler*innen, deren Familien und Lehrkräften gestellt. Sie alle hätten nach wochenlangem Distanzunterricht dringend Ferien benötigt. Zahlreiche Schulen haben indes Partei ergriffen und eine „Faschingswoche Light“ verordnet – mit Selbstlernmaterialien, Projekttagen oder reduziertem Stundenplan. Im Kultusministerium scheint das für Unruhe zu sorgen.

Laut mehreren Medienberichten rief die Regierung von Oberbayern in einer Mail dazu auf, Schulen zu melden, die reduzierten Unterricht verordnet haben. Offensichtlich soll mit diesem autoritären Schritt der Druck auf die Schulen erhöht werden. Inwieweit es dafür eine Weisung aus dem Kultusministerium gibt, ist unklar. Unabhängig davon markiert diese Art der Kommunikation aus Sicht der GEW einen Grenzübertritt. „Schulämter zum Petzen aufzufordern ist nicht nur bevormundend, sondern in einem Bildungssystem, das auf Eigenverantwortung und pädagogische Qualität setzt, schlicht würdelos.“, sagt Florian Kohl, stellvertretender Vorsitzender und selbst Lehrer.

Auch die Vorsitzende Martina Borgendale kann das nicht nachvollziehen: „Das Kultusministerium hat sich aus der Ausgestaltung von Unterricht vor Ort herauszuhalten. Dass Schulen im Sinne ihrer Schulfamilie handeln und die ersatzlose Streichung der Ferien nicht einfach unreflektiert hinnehmen, zeugt in erster Linie von pädagogischem Verantwortungsbewusstsein. Es ist richtig und wichtig nach fünf Wochen Distanzunterricht den Druck ein paar Tage zu reduzieren und den Schüler*innen eine Verschnaufpause zu ermöglichen.“

Statt den Schulen das Leben schwer zu machen, hat die Staatsregierung aus Sicht der GEW Bayern ganz andere Aufgaben zu erledigen: Trotz bevorstehender Schulöffnung fehlt auch weiterhin eine umfassende Teststrategie sowie die Bereitstellung von FFP2-Masken für Lehrkräfte und Schüler*innen. Darüber hinaus scheint man im Kultusministerium weiter darauf zu hoffen, dass zügig zum Präsenzunterricht für alle zurückgekehrt werden kann. Ein Konzept zur Förderung benachteiligter Schüler*innen fehlt nach wie vor. Nach knapp zwölf Monaten Pandemie ist das ein Armutszeugnis.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Martina Borgendale, Vorsitzende, martina.borgendale@gew.bayern, 0151 124 300 97

Florian Kohl, stellv. Vorsitzender, florian.kohl@gew.bayern, 0176 444 880 69